

Der Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verständigung unter Vorbehalt.

Erklärung des Reichsfinanzministers.

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Nach den hier aus London vorliegenden Meldungen hat Reichsfinanzminister Luther am Freitag den Vorsitzenden der Reparationskommission, Barthou, in Kenntnis gesetzt, daß die deutsche Delegation bereit sei, das von der Reparationskommission aufgestellte Protokoll über die Durchführung des Dawes-Planes zu unterzeichnen. Es handelt sich dabei in erster Linie um die drei Gehehe über die Gründung der Emissionsbank, über die Industrieobligationen und über die Umwandlung der Eisenbahnen in eine Aktiengesellschaft, ferner um verschiedene Kontrollmaßnahmen. Die Unterzeichnung werde aber unter dem ausdrücklichen Vorbehalt gegeben, daß das Inkrafttreten der Vereinbarungen abhängig gemacht sein solle von dem Zustandekommen einer Verständigung über die gesamten in London zu regelnden Fragen.

In Konferenzkreisen, so melden dazu die Pariser Blätter, messe man diesem von der Reparationskommission erzielten Resultat hohe Bedeutung bei, da es den Wunsch der deutschen Regierung erkennen lasse, zu einer möglichst raschen Liquidation der Reparationsfrage zu gelangen.

Das Ergebnis der gestrigen Sitzungen.

London, 9. August. (Zusammenfassung unserer Sonderkorrespondenten.) Die „Großen Vierzehn“ beschäftigten sich am Freitag in ihrer Sitzung im wesentlichen mit der Erörterung und Auslegung der von der Reparationskommission seinerzeit aufgestellten Verantwortlichkeiten Deutschlands für das Zustandekommen der Anleihe. Es scheint eine Regelung zustande gekommen zu sein, die die Verantwortlichkeit für das Zustandekommen der Anleihe nicht allein Deutschland auflegt, sondern die übrigen an der Durchführung des Dawes-Planes beteiligten Regierungen in die Verantwortlichkeit einbezieht. Auch die Frage der Ueberweisungen und der Verminderung der angefallenen, nicht ins Ausland übertragbaren deutschen Zahlungen wurde besprochen und über die Möglichkeiten ihrer Anlage in Deutschland selbst diskutiert. Die Arbeit der Vierzehn war dadurch erschwert, daß die Sachverständigen ihre Arbeiten noch nicht fertiggestellt hatten. Außerdem haben gewisse Bemerkungen des Reichsfinanzministers Luther und eine Intervention Snowdens zu einer scharfen Erwiderung Herriots geführt, die in Konferenzkreisen stark besprochen wird.

Außer den Vierzehn tagten die beiden Sachverständigengruppen, die erste Gruppe zweimal, die zweite Gruppe einmal. Letztere trifft am Sonnabend wieder zusammen. Sinegen werden die „Großen Vierzehn“ am Sonnabend voraussichtlich keine Sitzung abhalten. Macdonald wird das Wochenende in Eastbourne verbringen. Eine Zusammenkunft der Franzosen und Deutschen ist gestern abend in der Form erfolgt, daß der amerikanische Botschafter die Franzosen zu einem Dinner eingeladen hat, bei dem die Deutschen auch anwesend waren.

Die wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes.

London, 9. August. (Zusammenfassung unserer Sonderkorrespondenten.) Die Arbeiten der zweiten Kommission sind am Freitag beendet worden. Sie umfassen hauptsächlich die Fragen der wirtschaftlichen Räumung des Ruhrgebietes. Die Fassung des Kommissionsberichts, der den Chefdelegierten jetzt vorgelegt wird und der auf Grund der im Ausschuss erzielten Uebereinstimmung ohne Aenderung endgültig verabschiedet werden dürfte, sieht statt der in den Beschlüssen der alliierten Konferenz vorgesehenen Frist von 45 Tagen für die wirtschaftliche Räumung einen Termin von 35 Tagen nach Annahme des Gutachtens durch die Parlamente vor. In 35 Tagen werden also alle wichtigen wirtschaftlichen Maßnahmen der Befreiung aufgehoben. In den ersten acht Tagen fällt u. a. die Binnenzollgrenze fort, ferner werden die Ein- und Ausfuhrabgaben den deutschen Gehehen angepaßt und außerdem unterlegt der Personenverkehr und damit gleichzeitig die Einreise ins Sanktionsgebiet keiner Kontrolle mehr.

Die gleichzeitig von der Kommission behandelte Frage der Zahlung von einem Zwölftel der Jahreszahlung mit Beginn der Durchführung des Gutachtens wurde in der Form gelöst, daß die restlichen Beträge aus den bisherigen belgisch-französischen Einnahmen im Ruhrgebiet Verwendung finden, während der Rest des ersten Zwölftels der ersten Jahreszahlung sofort nach Annahme des Gutachtens von Deutschland aufgebracht werden soll. Bekanntlich sind die französisch-belgischen Einnahmen aus dem Ruhrgebiet in eine besondere Kasse geflossen. Diese Vereinbarungen, denen die deutschen Vertreter erst nach langem Zögern ihre Zustimmung gaben, stehen an sich in keinem Zusammenhang mit den deutschen Verpflichtungen aus dem Gutachten. Sie liegen trotzdem in Deutschlands Interesse, da Deutschland durch ihre Verwirklichung zu seinen Gunsten auch die Zolleinnahmen rettet, indem der zur Verfügung gestellte Betrag des ersten Zwölftels der Jahreszahlung für Deutschland verrechnet wird, sobald die Anleihe untergebracht ist.

Praktisch erfolgt also die Finanzierung der Uebergangszeit gemeinsam durch Deutschland und die Alliierten. Als Kontrollinstanz zur Durchführung der Vereinbarungen sind Ausschüsse mit Sitz in Koblenz und Trier vorgesehen, von denen es bisher in den alliierten Beschlüssen hieß, daß sie nur bestimmte Fragen prüfen sollten. Diese unverbindliche Formel wurde auf Antrag der deutschen Unterhändler geändert, daß im Falle, wo keine Einigung zustande kommt, ein Schiedsgericht eingesetzt wird. Besonders schwierig waren die Beratungen über die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung des Sanktions-

gebietes. Die Ursache war, daß die Kommissionen der alliierten Konferenz sich nur mit speziellen Verwaltungsfragen beschäftigt hatten, infolgedessen in ihren Beschlüssen die Wiederherstellung der allgemeinen Verwaltung, wie der Landratsämter und Regierungspräsidien, unberücksichtigt blieben. Obwohl die Verhandlungen wiederholt auf einem toten Punkt angelangt schienen, einigte man sich doch schließlich dahin, daß nach Annahme des Gutachtens innerhalb der genannten Frist von 35 Tagen das Rheinland abkommen in Kraft tritt, d. h. daß die wirtschaftliche und allgemeine Verwaltung sowie die deutschen Reichsgehehe wieder Gültigkeit erhalten. Wichtig ist an den Vereinbarungen vor allem, daß sie einen Unterschied zwischen dem Sanktionsgebiet Düsseldorf-Duisburg und dem neubefreiten Gebiet, also dem Ruhrgebiet, ausschließen.

Herriots Standpunkt.

Paris, 9. August. (W.F.B.) Die Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit dem im Zusammenhang mit der Rückkehr Herriots, Rollets, Clementis nach Paris in Umlauf gekommenen Gerüchten über angebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister in der Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebietes. Um diesen Gerüchten ein Ende zu bereiten, hat nach dem „Matin“ der Quai d'Orsay gestern in später Abendstunde der Presse mitgeteilt, Herriot, der über die verschiedenen Auslegungen seiner Reise unterrichtet worden sei, habe erklärt, es sei ganz natürlich, daß er nach 25tägiger Abwesenheit einen freien Tag ausruhe, um dem Ministerrat über die bisherigen Verhandlungen zu berichten, anstatt Besuche in der Umgebung Londons zu machen.

Der Sonderberichterstatter des „Deuvre“ schreibt, es sei natürlich, daß angesichts dessen, wie heute nach 25tägiger Abwesenheit die Dinge stünden, Herriot im Ministerrat die Situation auseinanderzusetzen wolle. Abgesehen davon, was er durchgesehen habe, werde er auf

eine ausgezeichnete Perspektive

verweisen können: Macdonald habe sich damit einverstanden erklärt, daß sofort nach der Londoner Konferenz eine neue Konferenz zusammentrete, um über die Regelung der interalliierten Schulden zu beraten, die nach französischer Auffassung mit der der Reparation zu verknüpfen seien. Herriot werde dem Ministerrat erklären, daß er die Hoffnung hege, zu den im Friedensvertrag vorgesehenen Daten die Verantwortlichkeit Deutschlands für Sachlieferungen sowie außerdem einen vorteilhaften wirtschaftlichen modus vivendi zwischen Frankreich und Deutschland zu erreichen, wenn

das Ruhrgebiet in beschleunigtem Tempo militärisch geräumt

werde. Er werde andererseits sein Bedauern darüber aussprechen, daß er, nachdem England den Unterstützungsvertragsentwurf des Völkerbundes abgelehnt habe, in London nichts für die Sicherheit Frankreichs habe durchsetzen können. Was die Kölner Zone anlangt, so sei französischerseits alles versucht worden, was versucht werden konnte. Wenn zwischen Frankreich und England keine Verständigung erzielt werden könnte, würde ein Schiedsgerichtsverfahren Platz greifen. Stresemann andererseits beabsichtige,

den rheinischen Garantiepakt

zu erneuern, den die deutsche Regierung seinerzeit vorgeschlagen habe, um ihn in den Rahmen des Völkerbundes einzuordnen. Im Augenblick aber könnte man weder mit England noch überhaupt mit irgendwem über die Sicherheitsfrage zweckentsprechend verhandeln, was erfordere, daß, wie General Rollet vorschlägt, die Verhandlungen über die militärische Räumung des Ruhrgebietes unter Einbeziehung der Sicherheitsfrage abgewickelt würden. Rechtlich sei das aber ein Unding, da man das Ruhrgebiet auf die Feststellung einer Verletzung in der Reparationsfrage und nicht wegen militärischer oder politischer Absichten besetzt habe. Verhandlungen erforderten aber einen konkreten Gegenstand, und man werde doch wohl nicht anzunehmen brauchen, daß ein General sich den Reparationen und interalliierten Schulden gegenüber desinteressiere. Deshalb mühte

über die Sicherheit später verhandelt

werden, wenn Frankreich den Plan fertiggestellt habe, den es in Genf unterbreiten könnte. Für den Augenblick werde sich der Ministerrat aber auf den Standpunkt stellen, daß Herriot wirklich schon Schwierigkeiten genug auf den Hals habe.

Keine Unstimmigkeit zwischen Herriot und Rollet.

Paris, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die am Freitag in hiesigen politischen Kreisen verbreiteten Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Herriot und dem Kriegsminister Rollet werden sowohl von den zuständigen Stellen in Paris wie auch von Herriot selbst in einem an den Ministerrat gerichteten Telegramm dementiert, in dem alle Informationen dieser Art als falsch und erfunden bezeichnet werden.

Die Schuldenfrage. / Amerika noch immer ablehnend.

London, 9. August. (W.F.B.) „Daily Telegraph“ zufolge besaßen sich die „Großen Sieben“ gestern u. a. mit der Frage der interalliierten Schulden. Es sei vorgeschlagen worden, daß eine Konferenz über die Schuldenfrage nach vorheriger Prüfung derselben durch die alliierten Finanzsachverständigen bald abgehalten werden solle. Der amerikanische Botschafter Kellogg habe jedoch auf Anweisung von Washington hin klargemacht, daß Amerika an keiner derartigen Konferenz teilnehmen werde.

Die neue Bewegung in Amerika.

(Von unserem amerikanischen Korrespondenten.)

Der Ausgang der Clevelander Konferenz der „fortschrittlichen politischen Aktion“ hat manche amerikanischen Parteigenossen enttäuscht. Denn viele von den Anhängern einer regen Beteiligung der sozialistischen Partei an der neuen Bewegung rechneten bestimmt damit, daß es schon auf dieser Konferenz zur Gründung einer Arbeiterpartei kommen würde. Diese Erwartung hat sich in Cleveland nicht erfüllt.

Hätten die Sozialisten in Cleveland die Parteigründung beantragt, so hätte die Mehrheit der Konferenz sicherlich dafür gestimmt — so stark war die Konferenz von den Sympathien für die Sozialisten beherrscht. Da aber eine Anzahl von Trademions sich gegen eine sofortige Parteigründung ausgesprochen hatte, wollten die Sozialisten der Konferenz nicht ihren Willen aufzwingen.

Diese Taktik war politisch sehr klug. Sie wird auch von den Genossen gebilligt, die über den Ausgang der Konferenz einigermaßen enttäuscht sind. Man sieht ein, daß es für die Gründung einer lebensfähigen proletarischen Massenpartei nützlicher ist, den geistigen Kontakt und das tiefe Vertrauen zueinander, die die Konferenz geschaffen hat, dauernd zu bewahren, als die bloße Proklamierung einer Partei durchzuführen. Man muß auch berücksichtigen, daß der amerikanische Arbeiter in politischen Fragen noch bis in die letzten Jahre mit beiden Füßen auf dem Boden des empirischen Praktizismus stand und in Wirklichkeit keine Klassenpolitik, sondern Gruppenpolitik trieb. Die Entwicklung zur Klassenpolitik vollzieht sich im amerikanischen Proletariat nicht so schnell, wie wir es wünschen, und vielleicht sind uns in dieser Hinsicht noch manche Rückschlüsse beschied. Die alte Tradition lastet schwer auf der neuen Bewegung, und die ersten Schritte auf dem neuen Wege sind die schwersten.

Nun sind die ersten Schritte getan und das Eis ist gebrochen. Obwohl in Cleveland nominell keine Partei zustande gekommen ist, wurde dort in Wirklichkeit eine dreimillionenköpfige politische Arbeiterorganisation geschaffen. Losgelöst von den beiden kapitalistischen Parteien, den Republikanern und den Demokraten, treibt diese Organisation, die hauptsächlich von einigen Trademions getragen wird, eine selbständige Politik, und es ist merkwürdig, wie diese Tatsache den Charakter und die Traditionen der amerikanischen Gewerkschaften von Grund aus verändert hat. Nehmen wir zum Beispiel die „International Machinist Association“, die zu den „aristokratischsten“ Trademions gerechnet wird. Noch vor kurzem herrschte in diesem Verband die grundsätzliche Tradition: „no politics in Unions“ (keine Politik in den Gewerkschaften). Alles, was nicht direkt zum ökonomischen Kampf gehörte, wurde aus dem Bereiche der Verbandstätigkeit unbarmerzig hinausgewiesen. Und jetzt? Jetzt ist es ganz natürlich, daß das Gebäude dieses Verbandes zum Hauptquartier des „Konvents für fortschrittliche politische Aktion“ geworden ist. Sämtliche Besprechungen, die der Clevelander Konferenz vorausgingen, fanden hier statt. Seit Beginn der Bewegung marschiert dieser Verband an ihrer Spitze. William Johnson, der Vorsitzende des Verbandes, wurde zum Vorsitzenden des Clevelander Konvents gewählt und ist jetzt Vorsitzender des Nationalkomitees der neuen politischen Organisation. Arthur Holder, der juristische Berater des Verbandes, wurde zum Sekretär des Nationalkomitees gewählt. Forrester, der ehemalige Chef des „Railway Labour Department“, Cating, der Redakteur des offiziellen Verbandsorgans, und eine Reihe anderer Gewerkschaftsführer nehmen den aktivsten Anteil an der Bewegung.

Wenn vor kurzem noch die Parole bei den Gewerkschaften lautete: „Nur keine Politik!“, so ist jetzt fast das Gegenteil der Fall. Jetzt heißt es: vor allem Politik, mehr Politik! Es gilt, alles rechtzeitig zu den Novemberwahlen vorzubereiten, und die organisatorische und agitatorische Arbeit muß schon in der allernächsten Zeit beginnen.

Für die lebendige Kraft der neuen Bewegung ist nicht nur dieses Interesse für die Politik charakteristisch, sondern auch die Rolle, die die Sozialisten in der Bewegung spielen. Es gibt keine aktive Institution in der Bewegung, in der Sozialisten nicht vertreten sind. Neben M. Hillquit, Alexander Kahn, Algernon Lee, Bertha Hale White (Generalsekretärin der sozialistischen Partei) sind zahlreiche Parteigenossen in den zentralen und lokalen Ausschüssen tätig. Und nie waren die Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der sozialistischen Partei so stark wie jetzt von kameradschaftlichem Geist erfüllt.

In den Reihen der Arbeiterbevölkerung findet die neue Bewegung starken Anklang. In dem Augenblick, wo diese Reihen geschrieben werden, hat die „American Federation of Labor“ (Amerikanischer Arbeiterbund) ihre Stellungnahme zu dieser Bewegung noch nicht bekanntgegeben. Es ist aber nicht zu zweifeln, daß auch diese Arbeiterorganisation, die zirka 3 Millionen Mitglieder zählt, sich der neuen Bewegung anschließen wird. (Zwischen hat der „Arbeiterbund“ auf seiner Jahresversammlung in Atlantic City sich für die Unterstützung der neuen Bewegung ausgesprochen. D. Red.)

Das Verhalten der bürgerlichen Presse veranschaulicht am besten die Fortschritte, die die neue Bewegung macht. Noch Anfang Juli schenkte die kapitalistischen Zeitungen der sogenannten „La-Follette-Bewegung“ nicht die geringste Beachtung. Ende Juli hat sich das Bild radikal geändert. Die bürgerliche Presse ist von der „La-Follette-Bewegung“ voll; zwei, dreimal täglich findet man dort ausführliche Berichte über die Fortschritte und die Aussichten der Bewegung. Im

Gebäude der „Internationalen Arbeiter-Association“ ist der Korridor im siebenten Stock von Korrespondenten der größten kapitalistischen Zeitungen überfüllt. Diese Herren, die noch vor einem Monat von der Arbeiterbewegung nichts wissen wollten, stehen jetzt stundenlang im Korridor, um „Neuigkeiten“ über Konferenzen oder Beratungen des Nationalkomitees aufzuschreiben.

Ende Juli wurden auch die Führer der republikanischen Partei nervös. Sie hielten eine Konferenz ab, um ihrem Kandidaten — dem jetzigen Präsidenten Coolidge — Konkurrenz zu machen — dem gefährlich die „fortschrittliche Liste“ mit La Follette als Präsidenten und Wheeler als Vizepräsidenten für ihn sei. Auch die Führer der demokratischen Partei schenken dem neuen Rivalen ihre liebenswürdige Aufmerksamkeit.

Charakteristisch ist die Stellungnahme der Kommunisten. Nachdem sie sich erfolglos bemüht hatten, den Senator La Follette für ihre Kandidatenliste zu gewinnen, beschimpfen sie jetzt die sozialdemokratische Partei wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und beschuldigen sie des „Verrats an der Arbeiterklasse“, weil sie sich selbst „ihrer Selbstständigkeit beraubt“ habe.

Die Ketten Europas.

Ein Portrait Primo de Ribera's.

Die spanischen Blätter veröffentlichen jetzt eine Briefe, den der berühmte spanische Gelehrte Miguel de Unamuno, der von Primo de Ribera eine Zeitlang gefangen gehalten wurde, kurz vor seiner Befreiung geschrieben hat. Der Brief, der ein schonungsloses Bild des spanischen Diktators und seiner Clique entwirft, lautet in seiner Hauptsache:

Puerto Cabras de Fuerteventura!

Sie haben mich in diese ferne, wasserlose Insel deportiert, ohne mir die Ursache dieser Maßregel mitzuteilen, ohne Untersuchung, noch Möglichkeit eines Schiedspruchs, weil ich der unverfälschte Gegner dieser Diktatur bin, deren Herrschaft Spanien auf den Hund bringt. Ich wünsche, daß die Verantwortung für diese Verbannung dem Direktorium überlassen werde, und besonders seinem Präsidenten, der sie aus einem niedrigen persönlichen Rachebedürfnis in einem seiner Anfälle von Desirium tremens angeordnet hat.

Da ich mein Kind arbeiten gesehen habe, werden drei von ihnen ohne meine Hilfe für die Bedürfnisse der ganzen Familie aufkommen. Das hatte dieser Primo de Ribera nicht vorausgesehen, der, nachdem er das Vermögen seines Kindes und die Rüstung seiner Frau im Spiel verloren hatte, um sich wieder Notzumachen, die Macht ererbte, wobei ihm die Feigheit des Königs und der Armee zugute kam. Wie könnte man sich mit einem Manne verständigen, dessen Erziehung sich in Aneipen, in Spelchöfen und Bordellen vollzogen hat, der vor kurzem seinen Einfluß geltend machte, damit eine öffentliche Dime, die oft verkauft habe, nicht verfolgt werde!

Ich werde ohne Zweifel nicht von hier fortkommen, bevor unser armes Spanien selbst befreit ist von dieser Clique von Spielern, Bäcklingen, Trunkenbolden und Raubganseln, die es entehren. Welche Entweihung, wenn diese von Patriotismus sprechen!

Über was schlimmer ist als sein Egoismus und seine Verwerflichkeit, das ist seine Dummheit. Dieser arme Diktator ist lasterhaft und unmoralisch wie ein Vieh, das er ist. Seine geistige Kränkung erlaubt ihm nicht, zu unterscheiden, was würdig und was unwürdig ist.

Doch das wird bald ein Ende haben, und es wird dazu dienen haben, viele Menschen in ihrer Radikalität kennenzulernen.

Das hier gezeichnete Bild des spanischen Diktators ist charakteristisch für die Wesensart jener „starken Männer“, die sich annehmen, die Herrschaft über die Völker Europas ausüben zu können. Sie sind sich im großen und ganzen alle gleich — mögen sie in Madrid oder Rom, in München oder Budapest mit großem Maul und starker Faust die Reaktion verewigen wollen.

Der Stahlhelm fliegt auf.

Der wankende Schutz des Besizes.

Eine der wertvollsten Wirkungen der Gründung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold ist es auch, daß unter seiner Verbekämpfung der nach außen hin neutrale, in Wirklichkeit rein monarchistisch-reaktionäre Stahlhelm überall ins Wanken gerät. In der Angst um das Schicksal ihrer Organisation verplappern sich die Führer dieser reaktionären Gesellschaft. Der bekannte günstige Wind weht der Redaktion der „Nordhäuser Volkszeitung“ einen Bittelbrief des Herrn v. d. Harde, „Oberst und Gauleiter“, auf den Tisch. In dieses Schreiben von Mitte Juli heißt es:

„Wenn der Stahlhelm-Gau Nordhausen nicht in ganz anderer Weise wie bisher von der Industrie und Landwirtschaft unterstützt wird und somit mit ganz sicheren monatlichen Einnahmen rechnen kann, so muß er sein in pekuniärer Hinsicht geradezu bittelhaft kümmerliches Dasein aufgeben.“

Wenn die bestehenden Kreise sich nicht entschließen, ebenso opferwillig zu werden wie die Juden, die Kommunisten und neuerdings der republikanische Holzheim (Schwarz-Rot-Gold), dem ungezählte Mittel zur Verfügung stehen, dann werden sie die Folgen zu tragen haben,

dann kann der Gau Nordhausen seinen Caden zumachen

und damit fliegt der ganze Gau in die Luft! Denn es fällt hier in Nordhausen keinem einzigen Herrn ein, das sorgens-, arbeits- und verantwortungsvolle Amt zu übernehmen. Wir wissen sehr wohl, daß es der

Industrie und Landwirtschaft

knapp geht, aber Opfer, d. h. Abgaben, die nur dadurch zu erschwingen sind, daß man sich etwas abknapsft und verpagt, haben beide noch nicht gebracht.

Wenn die immer noch besser situierten Kreise weiter so gleichgültig bleiben wie bisher, und zwar gegen ihr ureigenstes Interesse, so dürfen sie sich nicht wundern,

wenn eines Tages die Wogen des Kommunismus über ihnen zusammenschlagen und dann ist es aus mit allem, was sie haben. Sollte unsere Bitte keinen Erfolg haben, so müßten wir zu unserem größten Bedauern unser Amt niederlegen und dann fliegt der Stahlhelm auf!

Man muß es dem Herrn „Oberst und Gauleiter“ lassen: er ist sehr offenherzig. Er weiß, wozu sein Stahlhelm da ist, zum Schutze von Industrie und auch (SCHWARZ-ROT-GOLD) Schutze von Industrie und Landwirtschaft. Die große Masse der Stahlhelmsleute denkt natürlich gar nicht daran, diese ihnen zugedachte Funktion zu erfüllen. Darum erklärt sich auch die Tatsache, daß dem republikanischen Reichsbanner in zahllosen Orten ganze Gruppen des Stahlhelms zuströmen. Die große Masse des Volkes ist republikanisch gesinnt und will von diesen schwerindustriellen großagrarischen Machenschaften nichts wissen.

Das Reichsbanner in Oldenburg-Ostfriesland.

Wie tiefe Wurzeln der republikanische Gedanke in der Bevölkerung gefaßt hat, geht aus einer Zuschrift hervor, die wir aus Oldenburg-Ostfriesland erhalten. Wir werden darauf aufmerksam gemacht, daß unsere Angaben über das Anwachsen des Reichsbanners weit hinter der Wirklichkeit zurückbleiben.

„Nichtig ist die Zahl, daß neben Oldenburg mit 400 Mitgliedern Wilhelmshaven-Rüstringen über 1000 Mitglieder müßten sein, zu denen noch die kleineren Sororien mit rund 600 Mitgliedern kommen. Daneben sind zu nennen Brake mit 400, Nordenham mit 250, Delmenhorst mit 400, Emden mit 400, Norden mit 200, Nordener mit 200 Mitgliedern. Aber auch auf dem platten Lande streuet die Bewegung in der prachtvollsten Weise fort. Selbst kleine Orte wie Berne, Elsfleth, Jever und Dornum, die als Hochburgen der Deutschvölkischen und des Stahlhelms gelten, müßten nach nur wenigen Wochen Werksarbeit Kameradschaften von je 100 Mitgliedern. Dabei ist als besonders charakteristisch zu beachten, daß 40—50 Proz. der Aufgenommenen Leute sind, die sich auf den Aufnahmeschein als politisch keiner Partei angehörig bezeichnen. Das beweist, wie werbefähig der republikanische Gedanke an sich auf weite Teile der Volksgenossen wirkt.“

Auch diese Angaben zeigen wieder, daß es die höchste Zeit gewesen ist, daß die republikanischen Kreise darangingen, sich zu eigenem Schutze zusammenzuschließen. Sie werden anders als der

„Stahlhelm“ und seine Leute Opfer bringen und ohne Bittelbriefe an die industriellen und besitzenden Kreise auskommen. Die Republik kann sich auf die Massen des Volkes stützen und da ist sie fest verankert.

Der völkische Riß.

München, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Krise im völkischen Lager Bayerns hat nun eine endgültige Wendung genommen. Die Landtagsfraktion des völkischen Blocks hatte vor einigen Tagen die beiden radikalen Abgeordneten Streicher und Wiesenbacher aufgefordert, sich wieder an ihren Arbeiten zu beteiligen, andernfalls sie sich selbst aus der Fraktion ausschließen. Auf dieses Schreiben gaben aber beide keine Antwort, so daß die Landtagsfraktion der Völkischen endgültig gespalten ist. Die am Freitag abgehaltene Landesversammlung des völkischen Blocks nahm von dieser Sachlage mit Zustimmung Kenntnis. Die abgetrennten radikalen Gruppen hielten gleichzeitig am Freitag abend im Bürgerbräuhaus eine Versammlung der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ ab, in der Esser mitteilte, daß er am Freitag vormittag Besuche bei Hiller in Landenberg und bei Ludendorff auf der Ludwigshöhe gemacht habe. Beide billigten die Haltung der völkischen Parlamentsführer keineswegs. Wie es scheint, haben sie sich aber auch nicht für die Gruppe Streicher-Esser entschieden, da sie lediglich erklären ließen, daß sie mit Anteilnahme die Arbeit der „Großdeutschen Volksgemeinschaft“ verfolgen.

Thüringer Zickzackkurs.

Bei der thüringischen Regierung scheint alles drunter und drüber zu gehen. Sie hat zwei Tage vor der Verfassungsfeier das Baden und den Fackelzug verboten. Dieselbe Regierung hat aber noch vor kurzem auf die Einladung des Reichsbanners zur Verfassungsfeier geantwortet:

„Für die geschätzte Einladung zur Reichsverfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am 10. August d. J. spreche ich zugleich im Namen der Landesregierung meinen verbindlichen Dank aus.“

Da der unterzeichnete Staatsminister wie auch die beiden anderen Herrn Staatsminister in der Zeit, zu der die Feier stattfindet, abwesend sind und in Weimar nicht anwesend sind, vermag die Landesregierung zu ihrem Bedauern der Einladung nicht Folge zu leisten. Die Landesregierung wird über einen Vertreter entsenden.

geg. Leutheuser, Staatsminister.

Wieviel Druck hinter den Kulissen ist notwendig gewesen, um Herrn Leutheuser zumachen, daß er als Filiale der Deutschvölkischen eine Verfassungsfeier in Weimar möglichst zu verhindern habe.

Nationallügen an der Arbeit.

Halle, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Nicht vor der Bahnpolizei wache sind in der vergangenen Nacht die dort zur Bekämpfung der Teilnehmer an der Verfassungsfeier des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold aufgestellten Fahnenmasten durch Bubenhund umgelegt und die Flaggen in den Farben der Republik zerrissen worden. Die Polizei hat diese vor ihrem Wohlstand vorgekommene Untat gar nicht bemerkt. (!)

Ein Denkmal für Ludwig Frank.

Mannheim, 9. August. (R.F.B.) Die hiesige Ortsgruppe des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold veranstaltet am 23. und 27. August einen großen republikanischen Tag für Süddeutschland, verbunden mit der Enthüllung eines Denkmals für den im Krieg gefallenen Ludwig Frank. Delegationen aus allen Teilen des Reiches einschließlich der abgetrennten Gebiete und Deutschösterreichs werden an der Veranstaltung teilnehmen.

Ein „Platz der Republik“ in Ludwigshafen. In der geheimen Stadtratssitzung vom 20. Juli wurde mit Stimmenmehrheit beschlossen, den „Kaiserplatz“ nimmere in den „Platz der Republik“ umzubenennen. In Berlin geht das bekanntlich nicht!

Barbusse in Deutschland.

Von Hans Bauer.

Einmal, vor acht Jahren etwa, da saßen deutsche Bürger: aus Berlin, München, Leipzig, Köln und auch aus Großswald in verlusten Schützengraben und waren schon gar nicht mehr Bürger, sondern verdrehte Gelegenheitsarbeiter der internationalen Rordindustrie. Mit Dörren im Leib mußten sie schlafen, um erschossen werden zu können. Sie wurden schikaniert und verumdet, und immer hing der Tod um sie. Damals gab es einen, der das Leid dieser deutschen Bürger mitleidete und der das sagte. Er sah aber zufällig nicht im Hinterland. Dort saßen in der Mehrzahl nur jene, die Gebächse auf und Gebächse mit dem Sterben ihrer Landsleute machten. Er sah geradeaus, über die Schützengraben weg, im Feindesland und ließ Barbusse.

Dieser Barbusse hatte ein großes Herz, in dem die Rot aller Schwanz, ein Herz, das nicht von Grenzspähler eingeschnürt war, ein Herz, das sogar für die unbekanntem Einwohner von Greifswald litt.

Das haben diese dem französischen Dichter vor einigen Tagen dadurch gedacht, daß sie ein Versammlungslokal stürmten, in dem er sprechen sollte, und daß sie voranliefen, daß er umgehend abgehoben wurde. Denn er sei ein Franzose.

So etwas hat mit Nationalismus nichts mehr zu tun. Da sind wir schon mitten im Stumpfsein.

Im vorigen Jahre kam unter stürmischen Beifall in einer Münchener Hakenkreuzerversammlung ein Engländer zu Worte, der sich zum jüdischen Gedanken bekannte und, von heil. Rufen bombardiert, sich für den Faschismus in England einzusetzen beschwor.

Es ist demnach so, daß die Nationalisten so international denken, im ausländischen Nationalisten den Gefinnungsbruder zu achten, aber im Internationalen, der für ihr eigenes Land kämpft, den Gegner zu verabscheuen.

Nationalismus ist nicht nur ein dreieckiges Geschäft, er ist auch ein Konfuses. Aber das ist ja wohl in Kauf zu nehmen, solange er überhaupt etwas ist.

Zu dem Auftreten Barbusse in Berlin, das der nationalen Schpreffe Anlaß zu entstellten Berichten gegeben hat, schreibt uns Max H. Dörsch, der mehrere Bücher von Barbusse verdeutschet hat:

Gewiß, er war in den Saal am Friedrichshain gezogen, um zu seinen Parteifreunden, den Kommunisten, zu reden. Aber das, was er redete, wurde geedelt durch die Persönlichkeit, die sich offenbarte. Man weiß, daß Barbusse in seinem Roman von der „Arbeit“, den auch der „Vorwärts“ druckte, ein verführerisches Programm veröffentlicht hat, das jenes Glück zeichnete, das die Welt erlangen würde, wenn sie erst die politischen und sozialen Zwistigkeiten überwunden hätte.

Dieses große Manifest von Barbusse ist eher ein dichterisches als ein nationalökonomisches und für Parteizwecke zu mißbrauchendes Dokument. Es spricht eher das große Herz als der kühle Kopf. Wenn in diesem Manifest davon gesprochen wird, daß die arme unterdrückte Menschheit sich wehren müsse gegen die Elemente, die sein Glück einschüren und beschädigen wollen, so ist dort gewiß nicht gemeint, man müsse zum Gummistülpel wie zur Hiltzerpistole oder zur Handgranate seine Zuflucht nehmen. Die Gedanken, die Barbusse denkt, bleiben dann vom Blute unbesiegt, wenn er den Kampf predigt.

Die Zeitungen, die Entgegengesetztes meiden, sagen die Unwahrheit. Es ist eine willkürliche und lächerliche Auslegung der Gedanken von Barbusse, wenn man ihn eine andere als eine rein ideale Haltung unterschreibt und wenn man behauptet, daß er in die Fußstapfen eines ordinären Aufwieglers getreten sei. Man tut einem der größten Idealisten der letzten Jahre und einem Schriftsteller von internationaler Bedeutung schweres Unrecht, wenn man seine Worte derartig zu Parteizwecken mißbraucht, mag dieser Mißbrauch nun von Kommunisten oder von reaktionären Nationalisten geschehen.

Ein klassischer Geograph.

Am 9. August sind zwei Jahrzehnte dahingegangen, seit der große Meister der geographischen Darstellung, der Begründer der politischen Geographie, Friedrich Ratzel, dahinschied, und noch im August könnten wir seinen 80. Geburtstag feiern, wenn er noch am Leben wäre. Ansof genug, um an diesen bedeutenden Gelehrten zu erinnern, der den Geisteswissenschaften neue Wege wies und zugleich ein Meister der deutschen Prosa war. Nicht nur Ratzels wissenschaftliche Werke sind fühne Grundlegungen neuer Erkenntnisse, auf denen die Geographie weiterbaut, sondern er hat uns auch in seinen Naturbildern und Lebenserinnerungen, von denen er viele in dem Bande „Blüdsinseln und Träume“ sammelte, klassische Werke der Literatur geschenkt. In seinen Erinnerungen erzählt er von seinem frühen Leben im Karlsruher Park, von seiner angeborenen Freude an der Natur, die ihn schon als Schüler zum Erforschen drängte. Zunächst glaubte er, als Apotheker hinter die Geheimnisse der Schöpfung zu kommen, widmete sich aber dann dem Studium der Naturwissenschaften und vertiefte sich in die dichterische Erschließung der Natur, von der er später in seinem schönen Werk „Über Naturbilder“ so reiche Kunde gegeben hat. Es brante ihn in die Welt hinaus, und als er auf seiner ersten Studienreise nach Südransreich mit dem Geld knapp wurde, da schrieb er seine Reiseerlebnisse nieder und sandte sie an die „Kölnische Zeitung“, die den genialen Berichterstatter dann auf große Reisen, besonders nach Amerika, schickte. Unterdessen wurden diese Weltfahrten durch die Teilnahme am Kriege gegen Frankreich. Nach kurzer Beurlaubung in München wurde Ratzel 1886 Universitätsprofessor in Leipzig und gehörte bis zu seinem Lebensende zu den Zierden dieser Hochschule.

Der auffallend „hohle Mann“ zeigte schon in seinem ganzen Wesen die Weite des Blicks und die Harmonie der Gestaltung, die seine Werke auszeichnen. Seine große Bedeutung lag in der Neu-

begründung der politischen Geographie, die er in seiner „Anthropogeographie“ einleitete, in der ungeheuren Stofffülle seiner „Völkerkunde“ ausbaute und in seiner „Politischen Geographie“ krönte. Die Staaten wurden hier nach ihren Raumverhältnissen und ihrer Lage auf der Erdoberfläche betrachtet. Den ganzen Upriszialismus seines Schaffens hat Lamprucht schon bezichtigt, wenn er sagt: „In einer Zeit, da die Geographie den Naturwissenschaften zu verfallen drohte, hat er mit Erfolg ihre geisteswissenschaftliche Seite betont. Sein Ideal wäre es wohl gewesen, dem Gedankeninhalt des Humboldtschen „Kosmos“ und der Herderschen „Ideen“ in einer höheren Einheit zusammenzufassen, wie dies durch ein System neuer Grundbegriffe von Raum, Zeit und Leben hergestellt werden mochte. Dieser starke Lebensgeist aber, der weit über das dem einzelnen Menschenleben Mögliche hinauszuführen scheint, gab Ratzel zugleich eine entscheidende Bedeutung für das Ganze der nationalen Kultur und sichert ihm diese Bedeutung auch für eine gewiß nicht zu kurz bemessene Zukunft.“

„Der Wermolt“. Als Rudolf Lothar sich vor Jahren aus einem Ungarnbürtigen in einen Spanier verwandelte um der Route der Kritik die Spur zu verlieren, hatte er mit seinem papierenen ererbten Drama „Der Wermolt“ betraute Gnade vor ihren Augen gefunden. Ja, in Spanien... (die Spanier werden sich schäntens dafür bedanken). Nun läßt er die Werten (war er nicht auch im zwischen zum Rumänier arancier?) fallen, und das „Theater am Kurfürstendam“ bringt die Kontroverse unter seiner Flagge. Um die Eindeutigkeiten des Amüsierstückes gangbar zu machen, wird noch eine andere Markierung vorgenommen: ein Oskulst muß den Reiten stützen, die gewünschte erotische Atmosphäre herbeiführen. Ida Wüst ist die richtige Dina für dieses Klima, sie gibt diesen Großmannlichkeiten wenigstens einen gewissen Charme. Graf Schertl, die sich ihren Schatz vor den Nachstellungen ihrer Tante rettet, erhebt alles andere durch ihre Resoluitheit. Das reizende Kammerstückchen der Steffen Bernhard und der feste Staatsanwalt des Dr. Tollen wären zu erwähnen.

Iranisvorträge. Am Theater: vom 10.—15.8. 10. 5. 7. 9 Uhr, am 16. 11. 8. 5 und 7 Uhr: „Der Berg des Schicksals“. Am 18. und 17. 8. 5. 7. 9 Uhr: „Nagapate, der Reichthumseifer“. Am 19. 8. 5. 7. 9 Uhr: „Das Verbrechen des Menschen“. Am 10.—15. August 10. 11. 8. 5. 7. 9 Uhr: „Das Verbrechen des Menschen“. Am 10.—15. 10. 11. 8. 5. 7. 9 Uhr: „Das Verbrechen des Menschen“.

Der ukrainische Nationaldichter Taras Schewtschenko hat jetzt in der Hauptstadt seines Heimatlandes, in Kiew, ein Denkmal erhalten, dessen feierliche Enthüllung vor kurzem stattfand. Das Denkmal ist auf Kosten ukrainischer Bauern und Arbeiter errichtet worden.

Eine internationale Malaria-Konferenz. Seit Monaten herrscht in der Ukraine eine ausgebreitete Malariaepidemie. Die Zahl der Kranken soll von 6000 im Januar auf 200 000 im Mai angewachsen sein. Wie die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ mitteilt, hat nun zur Bekämpfung der Seuche, die auch in anderen Gebieten Russlands herrscht, eine internationale Konferenz in Moskau stattgefunden. Die Konferenz, die von dem russischen Gesundheitskommissariat einberufen wurde, tagte unter dem Vorsitz des Hamburger Epidemiologen Prof. Koch. Eine Kommission hat sich daraufhin nach der Ukraine, dem Dongebiet, Kaukasus und Wolgabiet begeben, um die Malariaerde an Ort und Stelle zu besichtigen.

Der Untergang einer Streitschrift.

Oswald Spengler und die Wahrheit.

Vor kurzem wurde Oswald Spengler, der Verfasser des „Untergangs des Abendlandes“ des Gebrauchs unsauberer und unwahrhaftiger Waffen im politischen Kampfe überführt. Der Sachverhalt war einfach genug: Spengler hatte in seiner Streitschrift „Neubau des Deutschen Reichs“ gegen die Führer der republikanischen Parteien eine Anzahl angeblicher Tatsachen behauptet, die aus dem tiefsten Schlamm der völkischen Hechtpresse geschöpft schienen. Genosse Erich Kuttner hatte nun eine Anzahl besonders frasser, aber allgemein gehaltener Behauptungen herausgegriffen und Oswald Spengler brieflich aufgefordert, die näheren Daten für seine Angaben zwecks wissenschaftlicher Nachprüfung mitzuteilen. Es handelte sich dabei u. a. um folgende Dinge, die Spengler in positiver Form behauptet, ja sogar als typisch für den heutigen Parlamentarismus bezeichnet hat: In Weimar hätten sich am Abend der Unterzeichnung von Versailles die Hauptführer der Koalition sinnlos betrunken. — Mit großen Klemmern ausgestattete Führer der Sozialdemokratie hätten sich in einer Schiebervilla betrunken und mit Nachtanzwängeln amüsiert, während draußen Arbeiterdeputationen vergeblich warten mußten. — Sozialdemokratische Führer hätten Landstöße bekommen, bürgerlich-republikanische Parlamentarier hätten für materielle Vorteile ihre Überzeugung verkauft. — Ein Gewerkschaftsbeamter hätte eines der höchsten Verwaltungssämter in Preußen bekommen mit der Begründung, daß er der letzte Altersklasse sei, der noch kein Amt erhalten habe usw. usw. — Genosse Kuttner hat in seinem Schreiben am nichts weiter als um Angabe der betreffenden Namen und Daten.

Auf diese Ansage hat Oswald Spengler gekniffen. In seinem Antwortschreiben lehnt er die Beantwortung der gestellten Fragen ab. Er erklärte jetzt, daß er es in seinen Schriften nur auf Systeme abgesehen habe, nicht auf „mehr oder weniger belanglose Personen“. Die Sorge um die Zuverlässigkeit seines Materials möge man ihm nur überlassen.

Aus dieser nichtsagenden Antwort hat Genosse Kuttner mit Recht den Schluß gezogen, daß Spengler nicht imstande ist, die von ihm behaupteten Dinge zu beweisen und daß es sich um handgreifliche Lügen handelt.

Nun ist Herr Oswald Spengler in den „Dresdener Neuesten Nachrichten“ ein Ritter entlassen, der auf den Namen Theodor Schulze hört. Herr Schulze möchte die unangenehme Bloßstellung seines Heiden Spengler dadurch vermeiden, daß er die Sache ins Bächerliche zu ziehen sucht. Oder vielmehr: Herrn Spenglers wissenschaftliche Bedeutung muß ihm als Dekament für politische Schmeicheleien dienen. Herr Schulze scheint der Ansicht zu sein, daß wissenschaftlicher Ruhm im politischen Leben nicht zu doppelter und dreifacher Wahrhaftigkeit verpflichtet, sondern umgekehrt. Wir sind anderer Ansicht: Wenn ein Mann, der einen wissenschaftlichen Namen zu verteidigen hat, in die politische Arena steigt, um nicht mit den Waffen politisch ernsthafter Männer, sondern politischer Cassenjungens zu kämpfen, dann befaßt er nicht nur sich selber, sondern die von ihm vertretene Wissenschaft dazu. Während wollen wir Herrn Spengler dabei zurechnen, daß Professoren vom Schlage Lenards-Heidelbergs, Roethe-Berlins usw. ihm mit üblem Beispiel vorgegangen sind.

Bei der ganzen Angelegenheit handelt es sich nicht um die Frage, auf die Herr Schulze den Fall Spengler hinausspielen möchte, nämlich ob der Verfasser des „Untergang des Abendlandes“ zu den großen Wahrheitskämpfern oder zu den großen Irrenden zu zählen ist, sondern es dreht sich um den ganz eindeutigen und klaren Sachverhalt, ob der Verfasser des „Neubau des Deutschen Reichs“ die Wahrheit gesagt oder gelogen hat. Und in diesem entscheidenden Punkt muß trotz allen Wortschwallen auch die Verteidigung des Herrn Theodor Schulze die Segel streichen, denn Herr Schulze bekannnt Kleinlaut:

Mit unfehlbarem demagogischen Geschick sucht sich Herr Redakteur Kuttner eine der schwächeren Stellen Spenglers aus, sein unläugbar erschienenes Buch „Neubau des Deutschen Reichs“. In diesem Buche spricht Oswald Spengler in seiner bekannten in die völkischen Art und Weise über das Deutschland von heute, wobei Haß und Zorn über die elenden Verhältnisse dieser Nachkriegszeit sein Temperament mit fortwährend zu ungerichten Urteilen und schiefen Verallgemeinerungen. Das Ergebnis ist eine Streitschrift, kein wissenschaftliches Werk. Aber Spengler wollte eine Streitschrift schreiben. Sollte subjektiv sein. Von mehreren bürgerlichen Kritikern sind diese Schwächen des Buches auch offen getadelt worden. ... Um Spenglers selbst willen kann man verschiedene grobe Entstellungen in seinem Buche bedauern und auf das schärfste zurückweisen. Der Größe des Mannes tun sie keinen Abbruch.

Also! Es fragt sich nur, ob der „Subjektivismus“ so weit gehen darf, daß dieses Fremdwort schon nur noch durch das deutsche Wort „Lügner!“ zu überlegen ist, es fragt sich, ob überschäumendes Temperament einen Schriftsteller dazu hinreißt, durch Verleumdungen die Ehre seiner Mitmenschen zu bedeuken. Solches handelt sich doch am Ende der Größe dessen Abbruch, der sich dazu hergibt. Aber vielleicht gehören auch solche Erscheinungen in das Bild vom „Untergang des Abendlandes“.

Annahme des badischen Finanzgesetzes.

Scharfe Opposition der Volkspartei und Deutschnationalen. Karlsruhe, 9. August. (Eigener Drahtbericht.) Der badische Landtag wurde heute nacht um 2 Uhr geschlossen, nachdem er 16 öffentliche Sitzungen hintereinander abgehalten hatte. Es kam bei der Abstimmung zum Finanzgesetz noch zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der vereinigten Opposition der Rechten (bestehend aus Deutscher Volkspartei, Deutschnationaler Volkspartei, dem Deutschen Landbunde) und der badischen Regierung. Die Opposition hatte sich der Stimme enthalten, aber eine Erklärung abgegeben, in welcher sie von der verzweifeltsten Lage der badischen Finanzen und von der Schädigung der Wirtschaft durch die badische Regierung gesprochen hatte. Auch habe man die Sparanstrengungen der Opposition nicht berücksichtigt.

Im Namen der badischen Regierung gab sofort Finanzminister Staatspräsident Dr. Köhler eine Gegenerklärung ab und bezeichnete diese Haltung der Opposition, Badens Finanzlage sei verzweifelt, als unerhört, objektiv unrichtig und geeignet, den Kredit des Landes auf das aller schwerste zu schädigen. Die Regierung wolle es mit aller Schärfe zurück, daß ihre Maßnahmen den Untergang des Wirtschaftslebens in greifbare Nähe gerückt hätten. Die Opposition habe nicht den Schein eines Beweises für die unerbörten Behauptungen erbracht. Auch der badische Innenminister, Genosse Kemmele, wies recht scharf die Vorwürfe und Angriffe der Opposition zurück. Das Finanzgesetz wurde mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie und der Demokratie angenommen. Dann hat noch eine Entscheidung Annahme gefunden, daß die badische Regierung ersucht werden soll, im Reichstag für Aufhebung des Besoldungssperregesetzes einzutreten. Der Antrag wurde mit 33 gegen 23 Stimmen angenommen. Der badische Landtag hat 44 öffentliche Sitzungen abgehalten und 102 Sitzungen in den Kommissionen. Er wird erst im Oktober wieder zusammentreten.

Für Groß-Berlin.

Gegen bürgerliche Rückwärtserei und Kirchturnspolitik.

Die Schaffung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin ist von der Sozialdemokratie als ein großer kommunalpolitischer Fortschritt bereits lange vor dem Kriege erstrebt worden. Der Zweierverband Groß-Berlin war ein erster Schritt zu dem Ziel, die Biermüllionsstadt zu einer großen einheitlichen und wirklich leistungsfähigen Kommunalverwaltung zusammenzufassen. Der Zusammenschluß sollte durch die Steigerung der finanziellen Kräfte, durch die Überwindung der kommunalen Zersplitterung und die Vereinfachung des Instanzenzuges namentlich der arbeitenden Bevölkerung soziale und kulturelle Vorteile bieten. Die Jahre der Inflation haben die oftentundigen Vorteile in den Hintergrund treten lassen und es ist ein Beweis für die Richtigkeit des von der Sozialdemokratie stets verfolgten kommunalpolitischen Programms der Einheitsgemeinde, daß sie sich trotz Inflation, trotz aller Räte der Zeit durchgesetzt hat und heute im wesentlichen unerschüttert ist. Das Bürgerturn, das mit dem Kirchturnsgedanken der Rückgängigmachung des Gesetzes jahrelang agitiert hat, muß jetzt sehen, wie in seinen eigenen Kreisen in den Vororten Groß-Berlins man sich überall von diesem Programm der Rückwärtserei abwendet. So wird uns aus Köpenick geschrieben:

„Als im Jahre 1921 der Ruf „Los von Berlin“ zuerst im westlichen Zehlendorf (Bannsee) ertönte, griff diese Bewegung auch auf Köpenick über. Die alten bürgerlichen Spieler einschließlich der sogenannten Demokraten und Wirtschaftsparteier, die bisher „ihre“ Gemeinden verwalteten (man frage nur nicht viel) und sich in ihrer Macht sonnten, konnten die Aufgabe ihrer Selbstherrlichkeit so leicht nicht verzeihen. Und so fanden die demagogischen Rufe der Rechtsparteien gegen die „Mißwirtschaft“ des sozialistischen Magistrats ein geeignetes Ohr in der Bevölkerung. Auch hier im Bezirk schallte der Ruf: „Los von Berlin“...“

Bei den Bezirksverordnetenwahlen am 18. Oktober 1921 entfielen von insgesamt 27 289 abgegebenen gültigen Stimmen 4737, 17,3 Proz., auf die Liste des Blods „Los von Berlin“. Die fünf gewählten deutschen Reden humpelten mit dem Schlagruf in die Bezirksverwaltung: Nieder mit der kostspieligen Verwaltung von Groß-Berlin! Weg mit der widerlichen Steuerbelastung! Los von der eingekeimten Krippenwirtschaft!

Unterziehen wir aber einmal die Hehe in bezug auf die angebliche Kostspieligkeit der Verwaltung, so ergibt sich, daß vor der Bildung der neuen Stadtgemeinde in den früheren Einzelgemeinden des Bezirks vorhanden waren: 5 besoldete Magistrats- und Gemeindevorstandsmitglieder und 483 Beamte und Angestellte. Diese Zahlen haben sich durch den Zusammenschluß verringert auf zurzeit 6 (früher 5) besoldete Bezirksamtsmitglieder und 379 Beamte und Angestellte. Daraus ergibt sich, daß eine gesunde Zentralisation ganz bedeutende Vorteile für die bisherigen selbständigen Gemeinden hat, besonders wenn berücksichtigt wird, daß jetzt Aufgaben, namentlich auch sozialer Art, erledigt werden, an die die früher selbständigen Gemeinden nicht dachten.

Wenn weiter behauptet wird, die selbständigen Gemeinden um Berlin kämen mit geringeren Steuern aus, so muß doch darauf hingewiesen werden, daß in den Nachbarbezirken die Steuern nicht geringer, sondern bedeutend höher sind.

Es erheben z. B. Grundvermögenssteuer: Berlin: für bebauete Grundstücke 100 Proz., für unbebaute 50 Proz.; Schwabbe: für alle Grundstücke 150 Proz.; Königs-Wusterhausen: für alle Grundstücke 150 Proz.; Zeuthen: für alle Grundstücke 200 Proz.; Erkner: für alle Grundstücke 150 Proz. Außerdem geht den Kreisgemeinden die erhobene Grunderwerbssteuer mit 8 Proz. vollkommen verloren, da sie an die Kreisleitung fällt.

Hundesteuer: im Bezirk Köpenick durchschnittlich 7,50 M. für 1 Hund; Schwabbe 28 M. für 1 Hund; Erkner 20 M.

Die Hundsteuer, ein beliebtes Agitationsmittel, ist auch in den anliegenden Kreisen erheblich höher, wenn man berücksichtigt, daß fast im ganzen Bezirk gemäß den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung für den ersten Hund nur ¼ der Steuer erhoben wird, und zudem die Wachtunde gänzlich frei sind. Nicht vergessen werden darf zu erwähnen, daß während der Inflationsjahre Berlin fast ausschließlich von der Beherbergungssteuer, Gewerbesteuer und Luftverkehrssteuer gelebt hat, die fast ausnahmslos von den Alt-Berliner Bezirken aufgebracht wurden, so daß in noch viel stärkerem Maße als heute Köpenick wie auch die anderen Außenbezirke ausgeprägte Zuschußbezirke waren.

Wenn also vom Magistrat bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Lasten hingewiesen wird, daß die Außenbezirke, namentlich auch Köpenick, harte Zuschüsse erfordern, so entspricht das dem Sinne des Gesetzes, wonach die minderbemittelten, namentlich nördlichen und östlichen Bezirke, teilhaben sollten an der in dem zentralen Berlin und den westlichen Vororten überwiegen den Finanzstärke. In der Agitation wird auch immer herangezogen, Berlin habe bisher nichts getan für den Bezirk. Es darf nicht vergessen werden, daß während der Inflationsperiode wohl keine Gemeinde in der Lage war, große Aufwendungen zu machen. Ein ganz anderes Bild gewinnt jedoch das, was Berlin für den Bezirk leistet, wenn man das Jahr 1924, in dem zum ersten Male wieder mit einem festen Goldmarktetat gerechnet werden kann, betrachtet. Da sind umfangreiche Straßenregulierungs- und Pflasterarbeiten in Angriff genommen und zum Teil bereits beendet in Köpenick, Grünau, Friedrichshagen, Wilhelmshagen, Hessewinkel und Bohnsdorf, die einen Kostenaufwand von Millionen erfordern wobei zu erwähnen ist, daß manche der früher selbständigen Gemeinden, was den Bau und die Er-

haltung von Straßen anbetrifft, eine geradezu kräftliche Vernachlässigung hat eintreten lassen, so daß die schädelstetigen Straßen von Berlin im hiesigen Bezirk zu finden sind. Daß der Magistrat für den

Neubau eines Lyzeums in Friedrichshagen

die Summe von 850 000 M. bewilligt hat, darf ebenso wie der beabsichtigte Bau einer Brücke über die Spree in Friedrichshagen nicht ohne Bedeutung bleiben. In Vorbereitung ist außerdem der Bau einer befestigten Straße auf der anderen äußersten Spitze gelegenen Halbinsel Raufangswerder in einer Länge von 3 Kilometer, die einen Kostenaufwand von mehreren 100 000 M. erfordert. Wenn nun noch berücksichtigt wird, daß die Ortschaft Köpenick-Nord, Rahnsdorf, Hessewinkel, Wilhelmshagen, Bohnsdorf und Raufangswerder durch die Begung von Erdbeben

mit elektrischem Licht versehen

werden, daß überall für erhöhten Feuerchutz gesorgt wird usw., so sind es Aufwendungen, die nur von gewissenlosen Agitatoren als ein Nachriß hingestellt werden können. Diese umfangreichen und kostspieligen Arbeiten werden daher von den Äußern „Los-von-Berlin“ mit sehr gemischten Gefühlen betrachtet; erschweren sie doch ihre Agitationsstätigkeit aufs äußerste. Es hat sich ja auch gezeigt, daß die Einsicht bei der Bürgerschaft beginnt. Davon zeugen die Eingaben, die in letzter Zeit von bürgerlicher Seite aus Schmöckwitz, Bohnsdorf an den 16. Ausschuß des Landtages ergangen sind.

In Stadtverordnetenversammlung und Magistrat ergeht jedoch die dringende Mahnung, den entfernt liegenden Außenbezirken erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und die sehr oft kleinen Wünsche dieser Bezirke rasch zu erfüllen, damit der wüsten Hehe der Boden endgültig entzogen wird. Die Zukunft wird beweisen, daß eine gesunde Zentralisation, verbunden mit einer gesunden Verwaltungs-Dezentralisation der Bevölkerung die größten Vorteile bringt, und dieser Erkenntnis werden sich auch die Einwohner des Köpenicker Bezirks auf die Dauer nicht verschließen können.

Somit die Köpenicker Zufuhr. Wir möchten diesen Bemerkungen noch hinzufügen, daß nach unserer Kenntnis die Stadt Berlin im Begriff steht, die Schmöckwitzer Uferbahn für sich zu erwerben. Schon jetzt steht als sicher eine baldige

bedeutende Ermäßigung des Tarifs dieser Bahn

bevor. Ihr Erwerb durch die Stadt wird selbstverständlich bedeuten, daß ihre Gleise an das städtische Straßennetz angeschlossen werden und daß in absehbarer Zeit der Verkehr auch tarifmäßig in den Berliner Verkehr einbezogen wird. Heute kostet die Fahrt für die Anwohner von Grünau nach Schmöckwitz 35 Pfennig. Diese Zahl belagt genug. Es ist klar, welche ungeheure wirtschaftlichen Vorteile das Eingreifen Berlins den Bewohnern dieser abgelegenen Vororte bringen muß. Daß die Tarife für Gas, Wasser und Elektrizität bedeutend billiger als in den Kreisorten sind, weiß schließlich auch in diesen Vororten allmählich jeder Einwohner. Wie sehr die wirtschaftliche Vernunft sich gegenüber allen engstirnigen Parteidoktrinen durchsetzt, beweist auch die Eingabe der Einwohner von Gatow und Gladow an den Preussischen Landtag, in der sie verlangen, bei Groß-Berlin befragen zu werden. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Wenn auch besonders in der Inflationszeit die Stadt Berlin verhindert war, den Randgemeinden erhöhte Fürsorge zuzuwenden, so haben wir doch das feste Vertrauen, daß allein die Biermüllionsstadt in der Lage ist, die bevorstehenden großen Aufgaben, die durch die landwirtschaftlich hervorragende Lage von Gladow und Gatow bedingt sind, auch in unserem Interesse zu fördern und zu vollenden, die über eine Strecke von 12 Kilometer geplante

große Uferpromenade von Spandau über Gatow und Gladow bis an die Grenze von Sacrow

wird nicht bloß der Gesundheit der erholungsbedürftigen Großstädter zugute kommen, sondern auch den Einwohnern von Gladow und Gatow einen schönen Spazierweg nach der Stadt und zudem neue Erwerbsmöglichkeiten erschließen. Die Schaffung ordnungsmäßiger Verkehrs-, Be- und Entwässerungsverhältnisse und die Erfüllung der genügend vorhandenen Anforderungen zu Wohn- und Siedlungsstätten vermag nur die Großstadt Berlin zu gewährleisten. — Spandau-Berlin ist nicht nur das Ahsahgebiet für die in den beiden Orten gewonnenen Erzeugnisse, es gewährt auch sonst größere Vorteile für ihre Einwohner. In Krantheilsfällen ist das Krankenhaus in Spandau in kürzester Zeit und unter geringeren Transportkosten erreichbar als das in Rauen; der Weg zum Finanzamt und zu anderen Behörden erfordert nach Rauen eine Tagereise mit hohen Kosten, nach Spandau einen halben Tag mit sehr viel weniger Unkosten. Pferde- und Wagensteuer werden in Berlin nicht mehr erhoben. Die Hundsteuer ist in Gladow und Gatow niedriger bemessen als im Kreis Haveland. Auch in den übrigen Steuerorten verhält es sich nach der Steuerpolitik des Magistrats Berlin im wesentlichen nicht anders. Das niedrige Ortspario, die Ortsklasse A seien nebenbei erwähnt. — Kurz, die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung, in deren Namen wir sprechen, hat nicht das geringste Interesse an einer Ausgliederung aus Berlin.“

Man kann wohl annehmen, daß der Landtag angesichts einer solchen eingehenden Begründung den bisherigen Beschlüssen des Ausschusses nicht beitreten wird und daß das Gebiet der Groß-Berliner Einheitsgemeinde nicht verändert wird. Jetzt erst beginnt die Zeit, wo Groß-Berlin arbeiten und etwas leisten kann, und alle, die an seinem Aufblühen mitwirken, werden an seiner Entwicklung noch Freude erleben. Wir glauben, selbst die früheren Gegner Groß-Berlins werden bald zur Vernunft gekommen sein.

Holizei im Tiergarten.

Über 200 „Spaziergänger“ aufgegriffen.

Über das Treiben von süchtigen Elementen am Potsdamer Platz und im Tiergarten gingen in der letzten Zeit wieder Beschwerden bei der Kriminalpolizei ein. Gewisse Mädchen und ihr Anhang, auch ältere und jüngere Männer mit abnormen Reaktionen machten sich dort immer mehr unangenehm bemerkbar. Diese Zustände veranlaßten die Streifenbeamten der Kriminalpolizei in der vergangenen Nacht zu einer gründlichen Absuchung des Platzes, seiner Umgebung und des Tiergartens zwischen dem Brandenburger Tor und der Siegesallee. Die Taktik war diesmal anders als bei früheren Streifen. Die Kriminalbeamten verteilten sich um 11 Uhr abends von einer Wache aus auffällig zunächst auf dem Potsdamer Platz und in den angrenzenden Straßen. Nachdem sie sich so über die Persönlichkeiten unterrichtet hatten, griffen sie zur verabredeten Zeit ein und brachten die Angehaltenen, ohne daß es öffentlich auffiel, nach der Wache in der Hofstraße. Dieser Vorgang wiederholte sich in Abständen von einer Stunde noch zweimal. Zum Schluß waren auf der Wache 170 aufgegriffene verammelt. Alles ging in der größten Ruhe vor sich bis auf einen einzigen Zwischenfall. Vom Eingang des Potsdamer Bahnhofes aus versuchte ein Mann zu flüchten, um sich der Festnahme zu entziehen. Er stieß die Beamten plötzlich zur Seite, erreichte auch die Straße und wollte in der Menge untertauchen. Der Diensthund Teil leiste ihm aber sofort nach und stellte ihn, so daß er ebenfalls abgeführt werden konnte. Gegen dreieinhalb Uhr früh ging das ganze Aufgebot der Beamten mit mehreren Dienststunden gegen den bezeichnten Teil des

Tiergartens vor, in dem von je her das unsaubere Treiben am ärgsten gewohnt ist. Der ganze Abschnitt des Parkes bis nach dem Reichstagsgebäude wurde sorgfältig durchsucht. Mit Hilfe der Hunde gelang es, 50 Personen aufzufahren und zur Wache zu bringen. Hier begann gleich morgens die erste Sitzung.

Stundung der Hauszinssteuer.

In letzter Zeit gehen den Steuerlasten viele Gesuche von Hauseigentümern und Mietern mit der Bitte um Erlass der Hauszinssteuer zu. Ein Erlass der Hauszinssteuer kommt nicht in Frage. Ungünstige persönliche Verhältnisse des Steuerzahlers oder Mieters können deshalb nur die Stundung begründen. Da der Hauseigentümer der Steuerbehörde gegenüber der allein Verantwortliche bleibt, kann ein Stundungsantrag auch nur von ihm gestellt werden. Dagegehende Gesuche der Mieter müssen abgelehnt werden.

Berliner Brennstoff-Kontrolle G. m. b. H.

Auf gemeinsame Anregung der Kohlenproduktion und des Berliner Kohlenhandels ist durch die Vertreter der in der Hauptstadt nach Groß-Berlin liefernden Bergbauunternehmen eine Berliner Brennstoffkontrolle G. m. b. H., Geschäftsstelle No. 40, Hindenburgstraße 6, gegründet worden. Die Einrichtung soll dazu dienen, die Lieferungen des gesamten Kohlenhandels in Berlin auf ordnungsmäßige Ausführung hin, insbesondere durch Vornahme von Gewichtskontrollen zu überwachen. Eine große Anzahl von Kontrolluren, die durch die Industrie- und Handels-

